

Von der Leyen kündigt Reformen an

Verteidigungsministerin wagt vor Verteidigungsausschuss die Flucht nach vorne

Berlin. Die Verteidigungsministerin spricht leise, sie ist kaum zu hören. „Schonungslos“, „mit aller Klarheit, Offenheit und Geschwindigkeit“, „Neuaufstellung“, „Fortentwicklung“, „Maßnahmenkatalog“ – das sind Stichworte, die zu hören sind aus etwa anderthalb Metern Entfernung. Vor einem Konferenzsaal des Bundestags steht Ursula von der Leyen bei diesen Worten. Gerade hat die CDU-Politikerin am Mittwoch drei Stunden bei einer Sondersitzung des Verteidigungsausschusses zum Fall des rechtsextremen Bundeswehr-Soldaten Franco A. verbracht, dessen Gesinnung in der Truppe jahrelang kein Anlass zur Besorgnis schien. Nun ist herausgekommen, dass er als Flüchtling getarnt Anschläge verüben wollte. Franco A. sitzt in Haft, genauso wie zwei seiner Bekannten, darunter ein weiterer Soldat.



GEHT IN DIE OFFENSIVE: VERTEIDIGUNGSMINISTERIN URSULA VON DER LEYEN (CDU) AUF DEM WEG ZUR SON-
DERSITZUNG DES VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSSES DES

Es gibt allen Anlass zu Klarheit und Offenheit für die verantwortliche Ministerin. Von der Leyen hat den Generalinspekteur Volker Wieker mitgebracht, ihren Staatssekretär und Chefausputzer Gerd Hoofe und auch den Präsident des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Christof Grimm. Die Abgeordneten sind aus der Parlamentspause nach Berlin gekommen, sieben Seiten Fragen haben alleine die Grünen aufgelistet.

Von der Leyen redet, die Fragen lässt sie nach Angaben von Teilnehmern meist von Hoofe und Wieker beantworten. Grimm schweigt meistens. Die Ministerin spricht über die Chronologie des Falles Franco A., den Stand der Ermittlungen, den Munitionsfund bei dem mutmaßlichen Terror-Trio. Sie kündigt Reformen an: Die Innere Führung und das Disziplinarrecht der Bundeswehr sollen reformiert, die Ausbildung verbessert und Meldekettens überprüft werden. Außerdem will von der Leyen den Traditionserlass der Bundeswehr, der aus dem Jahr 1982 stammt, überarbeiten lassen. Die Abgeordneten fragen nach dem Engagement der Ministerin gegen Rechtsextremismus und danach, wie oft sie sich eigentlich mit dem MAD-Chef über dieses Themenfeld unterhalten hat. Sie sei eine Show-Ministerin, haben Opposition und SPD von der Leyen in den vergangenen Tagen oft vorgeworfen.

Nach der Ausschusssitzung hat sich nicht viel geändert. Der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold empört sich, die Ministerin habe „viel zu spät oder gar nicht reagiert“. Sie sei seit drei Jahren im Amt und habe nun vor allem Fragen gestellt und Unsicherheit bei den Soldaten geschürt. „Sie muss Orientierung geben“, findet Arnold und wirft von der Leyen vor, die Aufklärung zu verschleppen durch externe Gutachter. Arnold spricht von „extremen Fehlern auch ganz oben“. Der CDU-Abgeordnete Henning Otte warf der SPD vor, die Arbeit der Bundeswehr schlechtzureden. „Es ist ein klarer Eindruck entstanden, dass die SPD und auch die Opposition Wahlkampf machen“, sagte er.

Agnieszka Brugger von den Grünen spricht von einer „Flucht nach vorne“. Von der Leyen müsse aber auch eingestehen, wo sie selbst Fehler gemacht habe. Sie habe die Fehlerkultur negativ beeinflusst, etwa durch die als „Maulkorb-Erlass“ bekannt gewordenen Verhaltensregeln, die Gespräche von Soldaten mit Abgeordneten und Medien einschränken sollten. Der Erlass ist nach heftiger Kritik allerdings nicht in Kraft gesetzt worden. Auch wenn von der Leyen tatsächlich von den Vorfällen erst spät erfahren haben sollte: „Eine Ministerin ist verantwortlich für das was in ihrem Bereich passiert.“ Christine Buchholz von der Linkspartei bewertet von der Leyens Auftritt als enttäuschend und deren Reformankündigungen als Nebelkerzen.

Trotz all dieser scharfen Kritik: Einen Rücktritt der Ministerin fordert keiner an diesem Tag. Nein“, sagt Arnold, „jeder Koalitionspartner verantwortet sein eigenes Personal“. Und Grüne und Linke finden, erst einmal müsse jetzt die Sachaufklärung im Vordergrund stehen.

Eine Gemeinsamkeit gibt es aber. Unisono gilt nun die Spionagebehörde MAD, die auch rechtsextremen Umtrieben in der Truppe nachgeht, als unterbesetzt – und Opposition wie Regierung schieben sich dafür gegenseitig die Schuld zu.

Die Von-der-Leyen-Show an diesem Mittwoch ist der Auftritt einer Frau mit sehr leiser Stimme vor einer grauen Stellwand. Generalinspekteur Wieker, der höchste deutsche Militär, steht ihr in hellgrauer Uniformjacke zur Seite, ein sechsreihiger Block bunter Ehrenabzeichen über der linken Brusttasche.

Bremer Sammlung bleibt zu

Eigentlich sollte es zur „Langen Nacht der Museen“ am Sonnabend, 20. Mai, von 18 bis 1 Uhr auch wieder Kurzvorträge und Führungen durch die die Sammlung „Die Farben Schwarz-Rot-Gold und die Bürgerwehr in Bremen“ geben. Doch nun teilt der Verein für die Pflege der Militärgeschichtlichen Sammlung in der Scharnhorst-Kaserne Bremen mit, dass daraus nichts wird. Der Grund laut Heiko Hermans und Wilfried Drygala vom Verein: Die Bundeswehr überprüft derzeit alle Einrichtungen, Ausstellungen und Sammlungen auf „Konformität der gesetzlichen Vorgaben“ wie es heißt. Dies geschehe vor dem Hintergrund des Skandals um den Soldaten Franco A., der unter Terrorverdacht steht. In mehreren Kasernen bundesweit ist im Zuge von Durchsuchungen bereits Material gefunden worden, das einem neonazistischen Umfeld zugerechnet wird. Auch die Militärgeschichtliche Sammlung Bremen wird routinemäßig unter die Lupe genommen und wird daher bis zum Abschluss der Untersuchung nicht öffentlich gezeigt.

„Die SPD

und auch die Opposition

machen Wahlkampf.“

Henning Otte, CDU-Abgeordneter

„Jeder Koalitionspartner

verantwortet

sein eigenes Personal.“

SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold